Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 62 (1982)
Heft: 4

Rubrik: Blickpunkt

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

SONDERMISSION IN ZÜRICH?

In einem Interview zehn Tage nach den Zürcher Wahlen hat der Präsident der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz, Nationalrat Hubacher, das Verdikt des Souveräns vom 7. März mit der Partei- und Gewerkschaftskrise anfangs der zwanziger Jahre verglichen. Das ist eine harte Aussage aus dem Munde eines Mannes, der sonst eher die Tendenz hat, mit Hilfe seiner genialischen Eloquenz Risse und Schrunden in seinen Reihen zu relativieren und auch zu verschleiern. Als zentrales Hauptproblem bezeichnet er die Wiederherstellung der Einheit der Partei, und er fordert «jene Parteimitglieder, die in der eigenen Partei den politischen Hauptgegner sehen», zum Gehen auf.

Damit hat er nicht etwa den «separatistischen» Gewerkschaftsflügel im Auge; er spricht vielmehr jene intellektuellen Ideologen an, die in den letzten Jahren vor allem in Zürich, nur allzu oft aber auch an nationalen Parteitagen die Szene beherrscht und dabei trotz aller Beredsamkeit ihre «Unfähigkeit zum Dialog» demonstriert haben. Es gehe darum, die verlorene Volksnähe wieder herzustellen. Hubachers Analyse wird übrigens durch die Argumentation eines weiteren erfahrenen Parteistrategen, der sonst das Heu nicht immer auf der gleichen Bühne hat, gestützt und ergänzt: Kurt Schweizer, Mitglied der bernischen Stadtexekutive, betonte in der «Berner Tagwacht», dass Realpolitik nicht länger ein parteiinternes Schimpfwort beiben dürfe. Auch er glaubt, dass die Sozialdemokratie vor allem deshalb an Boden verliere, weil die internen Richtungskämpfe die Solidarität zu stark strapaziert und das «gemeinsam Verbindende» zu sehr überdeckt hätten.

Dem steht die Haltung der stadtzürcherischen Parteileitung gegenüber, die man nicht anders denn als «cool» bezeichnen kann: Da wird schlicht erklärt, es hätte *noch* schlimmer herauskommen können, und im übrigen sei die SP eben das Opfer der schlechten Stimmbeteiligung geworden. Nun nehmen sich die 50 Prozent, die am 7. März zur Urne gingen, gewiss recht mager aus gegenüber den 90 Prozent Stimmbürgern, die sich vor 54 Jahren mehrheitlich für ein «rotes Zürich» ausgesprochen hatten. Entscheidend ist aber – wie auch Kurt Schweizer bemerkt –, dass die Sozialdemokratie von dieser Stimmabstinenz weit überproportional betroffen worden ist. Die berühmten «über 90 Prozent» gehören wohl endgültig der Vergangenheit an. Der strapazierte Bürger unserer Abstimmungsdemokratie lässt sich heutzutage ganz einfach schwerer mobilisieren, und zwar aus einer Vielzahl von Gründen, die sich kaum noch ausräumen lassen.

Wenn Hubacher im eingangs erwähnten Interview davon sprach, dass er nun wohl «sozusagen als Diplomat in Sondermission» nach Zürich fahren müsse, so ist damit gleichzeitig die

Frage gestellt, ob es sich wirklich nur um einen «Fall Zürich» oder aber um einen generellen Trend in der schweizerischen Parteienlandschaft handle. Hubacher selbst wäre mit einer solchen Lokalisierung kaum einverstanden. Er spricht von langfristigen Entwicklungstendenzen, die in die fünfziger und sechziger Jahre zurückreichen. Und wenn er der Wiederherstellung des echten Dialogs das Wort spricht, so dürfte dies nicht zuletzt auch in Erinnerung an den «Programmparteitag» vom vergangenen Oktober geschehen, wo er all seine taktische Kunst hatte aufwenden müssen, um ein totales Fiasko auf nationaler Ebene zu vermeiden.

Trotzdem tut Differenzierung not. Eine gesamtschweizerische Wahlbilanz der letzten Jahre zeigt zwar, dass die liberalen Parteien in fast allen Regionen im Vormarsch waren. Doch geschah dies keineswegs immer auf Kosten der Sozialdemokratie. In Genf zum Beispiel war sie 1981 teilweise Nutzniesserin der PdA-Niederlage und gewann zwei Sitze. In Freiburg machten die Sozialdemokraten mit vier zusätzlichen Mandaten ebenfalls an Boden gut. Dem steht die schwere Schlappe in der Waadt gegenüber, wo die Partei bei den Grossratswahlen von Anfang März acht Sitzverluste hinnehmen musste und damit anders als in Genf vom Krebsgang der PdA (fünf Mandatsverluste) nicht profitieren konnte.

Alles in allem wäre es also falsch, wenn das bürgerliche Lager aus den Waadtländer und Zürcher Wahlen generell allzu euphorische Schlüsse ziehen würde. Die Sozialdemokratie hat sich von jeher über ein ausserordentliches «Know how» für die Bewältigung von internen Krisen und Spannungen ausgewiesen. Darum wäre es durchaus möglich, dass schon das Wahljahr 1983 mit Retuschen der Parteilandschaft aufwarten könnte. Im Falle Zürichs ist dies nicht zuletzt ein «personalpolitisches» Problem. Hubacher spricht vom Mangel an «Integrationsfiguren», womit wohl sachte angedeutet ist, dass in seiner Sicht eine Auswechslung der gegenwärtig herrschenden intellektualistischen Parteispitze in Zürich schon den ersten Schritt zur Besserung bedeuten könnte.

Richard Reich

WETTBEWERBSPOLITISCHES TRAUERSPIEL

Das Kartellgesetz steht bekanntlich in Revision. 1972 hatte Nationalrat Schürmann mit einer Motion dazu den Anstoss gegeben. Zu Beginn dieses Jahres, also rund *zehn Jahre später,* ist das Revisionswerk nun so weit, dass sich die ständerätliche Kommission mit ihm beschäftigen konnte. Und wie sie sich damit beschäftigt hat! Bereits im vorparlamentarischen Gesetzgebungsverfahren musste die Revisionsvorlage, die weit davon entfernt war, auf den Weg einer «progressiven» Wettbewerbspolitik einzuschwenken, Haare lassen. In der ständerätlichen Kommission ist nun dieser Schleifprozess zügig weiterbetrieben worden. Nicht nur das. Die

Kommission der kleinen Kammer lässt sich bei ihrer Arbeit Zeit – *viel Zeit*. Eine weitere Sitzung ist auf den September angesetzt worden. Wenn diese Gangart anhalten sollte, dürfte es noch Jahre dauern, bis das «Werk» vollendet sein wird. Was vorliegt, ist eine taktische *Verzögerungspolitik*. Am Ende wird eine Minireform stehen, die weit über ein Jahrzehnt in Anspruch genommen haben wird. Im Blick auf diese Lage wird man wohl kaum von einem vorbildlichen Gesetzgebungsprozess sprechen wollen.

Bedrückend ist bei diesem Spiel vor allem die Tatsache, dass ausgerechnet jene politischen Kreise, die ein *Interesse* an einer funktionstüchtigen marktwirtschaftlichen Ordnung haben sollten, sich als vehemente *Bremser* betätigen. Die Fronten scheinen verkehrt: die politische Linke setzt sich – zumindest auf diesem Gebiet – für marktwirtschaftliche Ordnungspolitik ein; die Vertreter der bürgerlichen Parteien dagegen scheinen den Stellenwert der Wettbewerbspolitik in einer marktwirtschaftlichen Ordnung entweder nicht begriffen zu haben oder nicht begreifen zu wollen. Wen wundert's, dass dann, wenn die Marktwirtschaft in ihrem ordnungspolitischen Zentrum nicht ernst genommen wird, sie eben mehr und mehr einem ganz allgemein wirkenden Glaubwürdigkeitsvakuum ausgesetzt wird? Wettbewerbspolitisch motivierte Preisüberwachungsinitiativen und ähnliches sind dann die Folge.

Wettbewerb ist in einer marktwirtschaftlichen Ordnung – daran muss offenbar immer wieder erinnert werden – nicht Selbstzweck, sondern Mittel zum Zwecke der Sicherung eines *persönlichen Freiheitsrechtes* wie auch das wichtigste Instrument zur Koordination dezentral gefällter Entscheide. Letztlich dient damit Wettbewerb auch der Erhaltung einer dezentralen Entscheidungsstruktur. Und es geht im Falle der Schweiz auch nicht, wie das die Skeptiker glauben, um die Durchsetzung eines rabiaten Wettbewerbskonzeptes, sondern um die Sicherung eines wettbewerbspolitischen *Existenzminimums* (Konzept des möglichen Wettbewerbs). Die Kartellkommission als Hüterin des Wettbewerbs ist weit davon entfernt, einem Phantom nachzujagen. Sie steht auf dem Boden der Realitäten und hat den Beweis erbracht, dass sie sich ihre Entscheide nicht leicht macht. Nur sollte sie sich eben als Wettbewerbsbehörde und nicht als Kartellrechtfertigungsbehörde betätigen können.

Willy Linder

EL SALVADOR – MORDE RECHTS, MORDE LINKS

Ein vor den Wahlen des 28. März geschriebener Hinweis auf El Salvador, das mittelamerikanische Viereinhalb-Millionen-Land, das plötzlich in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit gerückt ist, kann auf einige Hintergründe aufmerksam machen, muss sich aber jeder Prognose enthalten.

Seit 1932 wird die Kaffeerepublik – Bananen kommen aus Honduras –

von Militärs regiert und die Macht zwischen ihnen und der Oligarchie, nicht «vierzehn Familien», aber wohl weniger als dreihundert, geteilt. Einige Priester, darunter ein Erzbischof, und viele Lehrer sind von rechtsextremen Armee- und Milizgruppen ermordet worden, die meisten Lehrer in ihrer Klasse oder vor Familienangehörigen. Ein verletzter Lehrer wurde, während er im Spital operiert wurde, von Soldaten getötet. Die Liste der erwiesenen Grausamkeiten der Soldaten, die Napoleon Duarte als Präsident der Junta, nicht kontrollieren kann, ist gross. Es gab freilich falsche Berichte amerikanischer Reporter, die nach kurzem Aufenthalt Sensationen liefern müssen. Auch Berichte von «New York Times» sind nicht immer glaubwürdig und objektiv. Die Bereitschaft, eher Guerillaführern zu glauben, die in «befreite Dörfer» führen, als Männern der Regierung ist hier ebenso gross wie einst im Vietnamkrieg. Die Guerillaführer, durchaus aus dem Bürgertum, oft untereinander verstritten, was auch zu etlichen «Hinrichtungen» geführt hat, zählen keinen Bauernführer wie einst die mexikanische Revolution; sie haben keine überragende Figur wie Fidel Castro und keinen gehassten Gegner wie in Nicaragua Somoza. Duarte, dreimal gewählter Bürgermeister von San Salvador, der als Christdemokrat eine Präsidentenwahl gewann, um deren Ergebnis betrogen und nach Guatemala exiliert wurde, ist schon einmal Präsidentschaftskandidat der Kommunistischen Partei gewesen. Er regiert heute in einer Mitte-Rechts-Koalition und erklärt in Interviews, er könne sowohl von rechten wie von linken Terroristen ermordet werden. Immerhin sind die der Armee angehörigen Mörder dreier amerikanischer Nonnen und ihrer Mitarbeiterin vor Gericht gestellt worden. Früher, sagt Duarte, hätte man sie belobigt.

Die Guerillas haben weniger Blut vergossen, sie haben aber die Hälfte der Busse – und die werden nicht von Mitgliedern der Oligarchie benutzt – verbrannt, Ämter der Sozialversicherung zerstört, also vor allem die weder rechts- noch linksextrem engagierte Bevölkerung, die auf neunzig Prozent der Salvadorianer geschätzt werden kann, geschädigt. Ihre Versuche, durch Handstreiche Volkserhebungen auszulösen, sind gescheitert; ihr Widerstand gegen Wahlen hat nicht nur mit der begreiflichen Furcht vor rechten Mordescadrons zu tun, sondern auch mit der Furcht vor einem Wahlergebnis, das gewiss nicht zu ihren Gunsten ausfiele. Statt jeder Volksbefragung wollen sie bewaffnete Aktionen, damit zu Koalitionspartnern werden und von dort aus nach der totalen Macht greifen.

Die wichtigste Arbeit über die Guerillas stammt aus dem Kreis der mexikanischen Zeitschrift *Vuelta,* die der Dichter Octavio Paz herausgibt. Sie ist auch in französischen und amerikanischen Zeitschriften der Linken erschienen, nicht aber in deutscher Sprache. Diese Studie deckt sich mit der Analyse der Guerillas, die H. C. F. Mansilla in unserem Januar-Heft veröffentlicht hat.

Das sind Führer, die viele rivalisierende Gruppen bilden und untereinander einen Kampf um die Macht ausfechten. Sie sind zum grössten Teil einstige Studienkollegen der jetzt Herrschenden wie auch der Offiziere,

manche gehörten einmal der Junta an wie Guillermo Manuel Ungo – und schwenkten dann zum anderen Extrem.

Die Bauern, denen die Bodenreform wenig geholfen hat – Kaffee und Baumwolle werden um ein Drittel weniger angebaut, auch wegen der Ungewissheit des Marktes –, sind für diese bewaffnete Opposition nur Material. Trotz der tiefen sozialen Gegensätze, die seit dem Aufschwung der Kaffeeplantagen so unheilbar wurden, ist der Konflikt zwischen extremer Rechten und Extremlinken in der Tradition der «violencia» und nicht im Sinn des Klassenkampfes, des sozialen Fortschritts, zu verstehen.

Doch erklären die inneren Bedingungen des Landes, das auch heute keine legale Regierung hat, die Konflikte weit mehr als jede mutmassliche kubanische Fernsteuerung und Waffenhilfe aus Nicaragua. In einigen Gebieten des dichtbevölkerten Landes mit den höchsten Geburtenraten der Welt sind die Guerillas unschlagbar verschanzt. Doch gibt es eine nicht bewaffnete Opposition. José Luis Grande, Generalsekretär des Gewerkschaftsbundes mit 500 000 Mitgliedern, sucht Einigung zwischen den nicht der Gewalt verschriebenen Gruppen. Gewerkschaftsführer sind ermordet worden, ohne dass eindeutig feststellbar war, ob es sich um Soldaten oder Guerillas handelte. Bekundungen von Zufriedenheit über eine solche Ermordung, sagt Grande («The Wall Street Journal» 5. März), kamen aus beiden Lagern.

Die Sozialistische Internationale hat mehr Interesse an Guerillagruppen bezeugt, die grundsätzlich keinen demokratischen Prozess wollen, als an Arbeitergewerkschaften, die sich gegen beide mörderischen Extreme wenden.

Eine militärische Intervention der USA findet in der öffentlichen Meinung dieses Landes heftigsten Widerstand, und die zuerst ausgeschlossene Vermittlung durch den mexikanischen Präsidenten Portillo wird ernst genommen. Ein Wahlsieg der Rechten – also nicht von Duartes Reformpartei – würde in Washington grosses Unbehagen auslösen.

Ein Rezept für El Salvador und überhaupt für Mittelamerika weiss allerdings dort niemand, Venezuela und andere nichtdiktatorische Staaten sehen die salvadorianischen Guerillas kritischer als es Präsident Mitterrand tut. Mexiko gibt sich nach aussen hin und für andere Staaten radikal, um in seiner erstarrten «Revolution» möglichst selbst von solchen Einflüssen frei zu bleiben.

Wie sich die sowohl tiefe Reformen wie Frieden wünschende Mehrheit vor der «matanza» (Metzelei) von rechts und dem Terror von extremlinks durch Herstellung einer Legalität schützen kann, ist nicht zu erkennen. Doch muss es verwundern, wie wenig die Mehrheit im Blickfeld der europäischen Beobachter ist. Man identifiziert sich gefühlsmässig eher mit Guerilleros als mit Gewerkschaften. Was aber nützt den vielfach leidenden Salvadorianern diese fehlinformierte Sympathie?

François Bondy